

Boettcher, Erik

Article — Digitized Version

Veränderte Begriffsinhalte im sowjetischen Steuersystem

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Boettcher, Erik (1951) : Veränderte Begriffsinhalte im sowjetischen Steuersystem, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 7, pp. 32-36

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131343>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Veränderte Begriffsinhalte im sowjetischen Steuersystem

Dipl. Volksw. Erik Boettcher, Kiel

Die ökonomische Theorie ist eine Disziplin, die unter ganz speziellen historischen Gegebenheiten entwickelt worden ist, d. h. in einer Zeit, die gemeinhin als die kapitalistische bezeichnet wird. Der theoretische Begriffsapparat, mit dem der Ökonom heute arbeitet, entspricht allein der Wirtschaftsordnung dieser Zeit, der Verkehrswirtschaft, die bei aller Mannigfaltigkeit ihrer historisch gegebenen Erscheinungsformen das eine Grundprinzip ihres Wesens beibehält: der funktionale Zusammenhang zwischen Produktion und Verteilung und die Interdependenz ihrer einzelnen Teilgrößen. Jedes Urteil über eine andere Wirtschaftsordnung, hier im speziellen über die in der Sowjetunion verwirklichte, das diesen einfachen Tatbestand außer acht läßt, insbesondere nicht untersucht, inwieweit die Begriffe nicht in ihrem Sinn verändert worden sind — auch wenn sie dem Worte nach mit den in der Verkehrswirtschaft verwendeten übereinstimmen —, trägt den Keim von Fehlschlüssen in sich. Einer Behandlung des sowjetischen Steuersystems muß deshalb notwendigerweise eine Darstellung der Wirtschaftsordnung vorausgehen, aus der heraus Zahlungen an den Staat erst ihrem Sinngehalt nach verständlich werden können.

KONSEQUENZEN DER ZENTRALGELEITETEN WIRTSCHAFT

Der grundsätzliche Unterschied der zentralgeleiteten Wirtschaft gegenüber der Verkehrswirtschaft besteht darin, daß in der ersteren Produktion und Verteilung zu voneinander unabhängigen Teilvorgängen werden. Ein Staat, auf den die gesamte Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel übergegangen ist, hat es in der Hand, die gesamte Produktion formal anzuordnen, es besteht also kein primäres Finanzierungsproblem. Indem die Produktion zu einem Verwaltungsakt geworden ist, besteht auch keine zwingende Notwendigkeit, das Geld beizubehalten. Die Zentrale kann denjenigen Teil des Sozialproduktes, den sie in Gestalt von Konsumgütern freigeben will, mit Hilfe von Bezugsscheinen, Listen oder auf eine andere beliebige Weise verteilen. Um aber den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Wirtschaftssubjekte besser Rechnung tragen zu können bzw. um den Tausch zwischen einzelnen Konsumenten auszuschaalten, wird es zweckmäßiger sein, anonyme Anteilscheine auszugeben, die den Einzelnen zu dem Bezug eines nicht näher bestimmten Teiles des Sozialproduktes berechtigen. Man kann solche Scheine dann auch Geld nennen. Da für den Erwerb einzelner Güter, je nach dem unterschiedlichen Arbeitsaufwand, der zu deren Erstellung erforderlich war, eine verschiedene Anzahl dieser Scheine wird gefordert werden müssen, kann man auch von einer Bewertung in Gestalt von Preisen sprechen. Mit der Verwendung eines solchen Geldes wird zum mindesten eine gewaltige Arbeits-

erleichterung der Zentrale erreicht, ohne daß am Prinzip der Wirtschaftsordnung etwas geändert worden wäre. Die Verteilung bleibt der Produktion weiterhin nachgeordnet, letztere kann weiterhin nach globalen Zielen und Zwecken des Staates geplant und durchgeführt werden, allein begrenzt durch natürliche in der Volkswirtschaft vorhandene Hilfsmittel, Produktionsmittel und Arbeitskräfte. Eine Wirkung auf die Produktion kann weder vom Gelde noch von den Preisen ausgehen. Um etwaigen Änderungen in den Bedürfnissen der Konsumenten Rechnung zu tragen, kann die Zentrale trotzdem mit Preisänderungen oder mit Produktionsanpassung bei einzelnen Gütern reagieren und auf diese Weise den Gleichgewichtspreis ermitteln.

Infolge der Beschränkung des Geldes auf die Verteilungssphäre allein wäre es zweckmäßiger, dieses Geld „Konsumentengeld“ zu nennen, um es damit begrifflich von dem Geld der Verkehrswirtschaft abzusetzen. Die Zentrale hätte in der Planung der Verteilung allein darauf zu achten, daß sich genau soviel Geld im Umlauf befindet, als zum Kauf des von ihr für die Verteilung bestimmten Teiles des Sozialproduktes erforderlich ist. Dieses bedeutet nichts anderes als die Gleichheit von Lohnsumme und Preissumme.

DIE PLANTYPISCHEN ZAHLUNGEN AN DEN STAAT

Wenn nun angenommen wird, daß der Staat keine Funktionäre zu erhalten braucht und nur Konsumgüter herstellt, so findet ein Geldkreislauf allein zwischen Produktionsstätten und Verkaufsstellen statt. Die Produktionsstellen erhalten vom Staate eine genügende Menge Konsumentengeld zur Bezahlung der Arbeitskräfte, und die Verteilungsstellen benötigen eine entsprechende Menge Geldes zum Erwerb dieser Güter von den Produktionsstätten. Sind diese Stellen mit Geldmitteln versorgt, so bedarf es keiner zentralen Einnischung des Staates mehr, es sei denn zu Kontroll- und Regulierungszwecken. Da in einer solchen Wirtschaft allein Lohnkosten auftreten, gewonnene Rohstoffe und Halbfabrikate zwischen den einzelnen Betrieben zu den in diesen enthaltenen Lohnkosten abgegeben werden, sich also wiederum in Lohnkosten auflösen lassen, rollt der Verteilungsprozeß selbsttätig ab. Hierbei sind keine Zahlungen an den Staat notwendig, solange die Gleichheit von Lohnsumme und Preissumme gewahrt bleibt, die wiederum mit der Gesamtkostensumme identisch ist. Das bedeutet natürlich nicht, daß jedes Gut zu den in ihm enthaltenen Lohnkosten abgegeben werden muß. Der Preis eines Gutes kann durchaus unter die zu dessen Erstellung notwendigen Kosten gesenkt werden, wenn statt dessen der Preis eines anderen Gutes entsprechend erhöht wird.

Das hier entworfene Bild ändert sich sofort in dem Augenblick, in dem der Staat dazu übergeht zu investieren. Da die Investitionsgüterindustrie gleichfalls zur Entlohnung ihrer Arbeitskräfte mit Konsumentengeld versorgt werden muß und infolgedessen die Arbeitskräfte der Konsumgüterindustrien sich mit ihren Kameraden aus den Investitionsgüterindustrien in den konsumablen Teil des Sozialproduktes werden teilen müssen, kann das Verteilungsproblem nur gelöst werden, wenn der Preisansatz für Konsumgüter über deren Kosten liegt. In dem Ausmaß, in dem der Staat investiert und Funktionäre in Verwaltung, Armee usw. unterhält, wird eine Spanne zwischen Herstellungskosten und Verkaufspreisen für Konsumgüter zwangsläufig angesetzt werden müssen. Aus dieser Differenz sammeln sich dann bei den Betrieben Geldsummen an, die in der Sowjetunion Gewinne genannt werden, obwohl sie nichts über den Erfolg eines Betriebes aussagen. Diese Gewinne müssen notwendigerweise an die Zentrale abgeführt werden, soll die Permanenz des Kreislaufs gewahrt bleiben.

Die Sowjetunion löst dieses Problem in Gestalt von drei Zahlungen. Von einem jeden verkauften Gut muß ein bestimmter Betrag dem Staate gutgeschrieben werden, und die hieraus resultierenden Geldsummen werden laufend an den Staatshaushalt überwiesen, und zwar unter der Bezeichnung der sowjetischen Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer erfaßt aber die Differenz zwischen Preis und Kosten nicht voll, so daß der Betrieb am Ende der Periode in seiner Bilanz noch eine Summe über seinen Kosten ausweisen kann. Dieser Nettogewinn wird dann von einer weiteren Zahlung, der sogenannten Gewinnabzweigung erfaßt, die aber einen Restbetrag für innerbetriebliche Verwendung beläßt.

Soweit nun von der Zentrale den einzelnen Betrieben Kredite zur Verfügung gestellt werden und diese dafür Zinsen abführen müssen, sind auch diese Zahlungen, dem hier dargestellten theoretischen Modell entsprechend, der Umsatzsteuer und der Gewinnabzweigung gleichbedeutend. Diese Feststellung wird aus der Überlegung heraus getroffen, daß der Zins in seinem üblichen Sinngehalt abhängig ist von der Bewertung von Kapitalgütern und in seiner Höhe von dem Angebot privaten Sparkapitals, also zwei Voraussetzungen, die in der Sowjetunion nicht gegeben sind.

Als erstes Ergebnis des bisher Gesagten kann nun gefolgert werden, daß zur Lösung des Verteilungsproblems in einer zentralgeleiteten Wirtschaft mit Verwendung von Konsumentengeld Zahlungen von Betrieben der Konsumgüterindustrien an eine Zentralinstanz notwendigerweise auftreten müssen, wenn der Staat investiert und Funktionäre unterhält. Die Sowjetunion verwendet in diesem Zusammenhang drei Zahlungen: die Umsatzsteuer, die Gewinnabzweigung und Zinszahlungen an den Staat. Alle diese Zahlungen sollen hier als plantypische Zahlungen bezeichnet werden.

STEUER UND WIRTSCHAFTSRECHNUNG

Die Verwendung von Geld und der Ansatz von Preisen hat in der sowjetischen Wirtschaft neben der Funktion innerhalb der Verteilung jedoch noch einen weiteren Sinn, und zwar den, die Produktion kalkulierbar zu machen und die Kontrolle der Produktion wesentlich zu vereinfachen.

Da eine Bewertung von Sachkapital in der sowjetischen Bilanz nicht stattfindet, ist diese nur eine Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben. Durch die Bemessung von Umsatzsteuer und Gewinnabzweigung wird der erzielte Gewinn bereits im Plan festgelegt und zwingt den Einzelbetrieb zu einer sparsamen Kostengestaltung. Wie bereits erwähnt, sagt dieser Gewinnbegriff jedoch über den Erfolg des Betriebes nichts aus. Dieser kann allein in einem Abweichen von dem Plangewinn infolge innerbetrieblicher Maßnahmen erblickt werden. Oder anders ausgedrückt, der Erfolg wird allein in einem Soll-Ist-Vergleich als erreichter Meßziffer der durch innerbetriebliche Rationalisierung gelungenen Senkung der geplanten Kosten abgelesen. Damit der einzelne Betrieb nicht in Qualitätsverschlechterung ausweichen kann, wird mit der Stelle, die die hergestellten Güter abnimmt, die Qualität im voraus vertraglich festgelegt. Diese ist bei einer Qualität, die schlechter als die vereinbarte ist, berechtigt, Minderung zu verlangen oder die Abnahme gänzlich zu verweigern.

Beide Zahlungen, sowohl die Umsatzsteuer wie auch die Gewinnabzweigung, haben demnach den innerbetrieblichen Sinn, über das Abrechnungswesen die Produktion an die Kostendeckung zu binden. Da das Gewinnstreben kapitalistischen Unternehmertums im sowjetischen System als Regulativ fehlt, wird über die Steuer ein indirekter Zwang zur sparsamen Kostengestaltung ausgeübt. Für die Senkung der Kosten sind Anreize mannigfacher Art geschaffen worden, die den Wettbewerb in die Produktionssphäre verlagern und von denen hier nur das bekannte Stachanowsystem erwähnt werden soll. Andererseits wird von dem nach Abzug der Umsatzsteuer verbleibenden Nettogewinn nur ein beweglich gehaltener Prozentsatz in Gestalt der Gewinnabzweigung abgeführt. Von diesem planmäßigen Gewinnanteil können 4% von dem durch Rationalisierung erzielten Gewinn, dem sogenannten überplanmäßigen Gewinn hingegen 50% abgezweigt werden. Diese Summen fließen dem sogenannten Fonds des Direktors zu und können für soziale Einrichtungen im Betrieb verwandt werden.

Beide Zahlungen — Umsatzsteuer wie auch Gewinnabzweigung — sollen also die Leitung eines Betriebes zwingen, die geforderten Sollzahlen unbedingt zu erreichen. Vermag ein Betrieb die Umsatzsteuerbeträge nicht aufzubringen, so kann darin ein Versagen der Betriebsleitung bzw. Unrentabilität der Produktion gesehen werden. In diesem System bildet die Umsatzsteuer das starre Instrument, das es dem Staat ermöglicht, feste Zahlen in seine Disposition einzusetzen, die laufend seinem Haushalt zufließen. Die Gewinn-

abzweigung, die am Schluß einer Periode erhoben wird, ist hingegen das elastische Instrument, das eine individuelle Einwirkung auf den Einzelbetrieb ermöglicht.

Nach unserem eingangs dargestellten Modell in idealtypisch reiner Form können diese Zahlungen nur von den Konsumgüterindustrien getätigt werden. Da die Sowjetwirtschaft sich aber allein an das Prinzip der Gleichheit von Lohnsumme und Preissumme zu halten hat, um ein totales Gleichgewicht zu erzielen, können die Preise der Investitionsgüter auch in der Form festgesetzt werden, daß eine Spanne zwischen Preis und Kosten entsteht. Zur Vereinheitlichung des Abrechnungswesens und Wahrung einer gewissen Elastizität geschieht dieses auch. Die Investitionsgüterindustrien zahlen also auch Umsatzsteuer und Gewinnabzweigung. Diese Beträge treten aber in ihrer Bedeutung weit hinter denen der Konsumgüterindustrien zurück, bei denen die Spanne zwischen Preis und Kosten bis zu 80 % des Preises beträgt.

Die Umsatzsteuer ist seit 1930 bis zum heutigen Tage die Haupteinnahmequelle des sowjetischen Haushalts. Die Steuerreform vom 2. September 1930 beseitigte ein ganzes Gestrüpp von Einzelsteuern und schuf Formen, wie sie in ihrem Grundprinzip nicht mehr geändert worden sind. Sie war nicht mehr und nicht weniger als ein Vollzug, in dem die Finanzpolitik der größeren Wirtschaftspolitik angeglichen und gleichgeschaltet wurde. Wie an dem eingangs dargestellten Modell gezeigt wurde, mußte sie zwangsläufig kommen, da nur Zahlungen in Gestalt von Umsatzsteuer und Gewinnabzweigung geeignet sind, das Verteilungsproblem zu lösen.

Die quantitative Bedeutung der Umsatzsteuer wird aus der folgenden Tabelle klar ersichtlich.

Gesamteinnahmen und Umsatzsteuer im sowjetischen Staatshaushalt

Jahr	Einnahmen insg. in Mrd. Rubel	Umsatzsteuer in Mrd. Rubel	Umsatzsteuer in % der Gesamteinnahmen
1933	46,4	27,0	58,2
1934	58,4	37,6	64,3
1935	75,0	52,1	69,5
1936	94,3	65,7	69,6
1937	109,3	75,9	69,4
1938	127,4	80,4	63,1
1939	156,0	96,8	62,1
1940	183,9	108,6	59,0
1941	217,0	124,0	57,1
1942	182,8	106,0	57,9
1943	210,0	71,0	33,8
1944	245,0	80,0	32,7
1945	305,0	150,0	49,1
1946	305,4	201,0	65,4
1947	385,2	259,9	71,1
1948	429,1	280,1	65,2
1949	446,0	295,8	63,1

Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer bildeten in der Vorkriegszeit rund 60—70 % der gesamten Einnahmen. Während des Krieges sank diese Zahl plötzlich sehr stark ab. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß durch die Besetzung großer Teile der Sowjetunion auch das ganze System, wie es hier an einem Modell dargestellt wurde, zusammenbrach. Die Sowjetunion war in der Zeit gezwungen, durch eine sich als Kopfsteuer auswirkende Kriegssteuer die

Realeinkommen drastisch zu senken bzw. entsprechend den kapitalistischen Staaten die Notenpresse in Anspruch zu nehmen. Das Ansteigen der Prozentziffern unmittelbar nach dem Kriege zeigt aber deutlich das Bestreben, wieder an alten bewährten Formen anzuknüpfen. Besonders interessant sind hierbei die Jahre 1945 und 1946. In diesen beiden Jahren blieben die Gesamteinnahmen annähernd gleich, hingegen stiegen die vereinnahmten Umsatzsteuerbeträge um nicht weniger als 16,3 %.

DIE UBRIGEN STEUERN

Die oft geäußerte Ansicht, die sowjetische Wirtschaft könne an Stelle indirekter Steuern auch mit Hilfe der Beschneidung der Lohneinkommen die Investitionsquote bestimmen, ist falsch. Gewinne der eingangs festgestellten Art müssen notwendigerweise entstehen, und Lohnsteuern würden nur bedeuten, daß Zahlungen mit der einen Hand gegeben und mit der anderen genommen würden, ohne daß irgendein Erfolg zu verzeichnen wäre. Trotzdem aber gibt es in der Sowjetunion eine Einkommensteuer. Sie beträgt beispielsweise bei einem Lohnempfänger mit einer vierköpfigen Familie und einem monatlichen Einkommen von 500—750 Rubel nur 5,2 %, und sie erreicht in der Progression bis zu einem Einkommen von 1000 Rubel 8,2 %. Die darüber liegenden Einkommen werden linear mit 13 % versteuert. Schon die niedrigen Steuersätze und die langsam ansteigende Progression deuten auf die geringe Bedeutung dieser Steuer hin.

Alein in der Staffelung der Steuer nach Steuerklassen kann der Sinn verstanden werden, der ihr zukommt, und zwar eine Differenzierung der Realeinkommen nach sozialen Gesichtspunkten herbeizuführen. Da der Staat der einzige Lohnzahler ist, hätte diese Aufgabe auch durch direkte Differenzierung der Löhne nach der Kopfzahl der Familie des Einkommensbeziehers erreicht werden können. Wahrscheinlich ist die Differenzierung mit Hilfe einer Steuer aber zweckmäßiger. Einkommensteuern zahlen auch genossenschaftliche Organisationen und die landwirtschaftlichen Kollektive. Die Unterscheidung zwischen Genossenschaften und Staatsbetrieben ist aber letztlich nur eine formale. Die Erzeugnisse beider Betriebsformen unterliegen gleichermaßen der Umsatzsteuer. Nur werden für die Erfassung des genossenschaftlichen Gewinns mit Hilfe der Einkommensteuer von sowjetischer Seite die gleichen Gründe genannt, wie sie bei der Behandlung der Gewinnabzweigung bereits angeführt wurden — die Möglichkeit der indirekten Einwirkung auf die Tätigkeit dieser Organisationen. Entsprechend dem individuellen Bedarf an Investitionen, Vergrößerung der Betriebsmittel usw. wird diese Steuer progressiv in Höhe von 23,5—90 % des Bilanzgewinns erhoben. Wir gehen also nicht fehl in der Annahme, daß die Einkommensteuer der Genossenschaften der Gewinnabzweigung bei staatlichen Betrieben gleichzusetzen ist. In der Tat werden diese seit 1938 auch nicht mehr gesondert veröffentlicht.

Als letztes wäre noch die Landwirtschaftsteuer zu nennen, die bis 1936 noch von den Kollektivwirtschaften erhoben wurde, heute aber nur noch die Einkommen der vereinzelt in Privateigentum verbliebenen Höfe erfaßt. Solche gibt es nur noch in Gegenden, die sich bisher einer Kollektivierung zwangsläufig verschlossen, wie etwa in unzugänglichen Gebirgsgegenden.

Der Anteil der Einkommensteuer bewegte sich in der Vor- wie auch in der Nachkriegszeit um 5% der Gesamteinnahmen des Staatshaushalts. Nur während des Krieges stiegen die direkten Steuern vorübergehend auf 15%. Sie waren quantitativ gegenüber der Umsatzsteuer also nahezu bedeutungslos.

ANLEIHEN UND SPARPOLITIK

Die Art der Erhebung oder Zeichnung von Anleihen in der Sowjetunion läßt den Übergang von der Steuerpolitik zur Anleihenpolitik als einen fließenden erscheinen. Anleihen werden hier in kleinster Stückelung von der breiten Masse der Bevölkerung getragen und als Kopfsteuer oder Sondersteuer empfunden, da ein starker Zwang zur Zeichnung geltend gemacht wird. Durch die laufende und bedeutende Entwertung des Rubels werden Tilgung und Zinszahlung weitgehend illusorisch und einerseits vom Staat als nicht drückend empfunden, während andererseits der Anleiheerwerber in der Zeichnung keine Anlage von Sparkapital erblicken kann. Allgemein wird den Anleihen eine ähnliche Aversion entgegengebracht wie einer Steuer.

Die Behandlung der Anleihen in diesem Rahmen geschieht selbstverständlich nur unter großen Bedenken. Der steuerähnliche Charakter der Anleihen ist nur insofern gegeben, weil diese als Steuer empfunden werden, indem auch die Zinsen die Entwertung nicht wettmachen. Dieses Kennzeichen ist aber nur durch die gegenwärtige Wirtschaftspolitik gegeben. Eine Änderung derselben, durch die die Anleihen zu einer wirklichen Sparanlage werden würden, müßte dieses Merkmal zum Verschwinden bringen. Es kann aber mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß in einem solchen Fall keine Anleihen mehr aufgelegt werden würden.

Noch problematischer wird die Aufführung der Anleihen im Zusammenhang mit den Steuern, wenn man bedenkt, daß unter den gleichen Gesichtspunkten auch das Sparen an Sparkassen mit angeführt werden müßte. Auch diese Summen bilden einen Einnahmeposten des Staatshaushalts. Auch hier sind aus den erwähnten Gründen der Rubelentwertung Methoden des Zwanges notwendig, um die Spartätigkeit zu forcieren.

Der Zweck sowohl der Anleiheerhebung wie auch des Sparens, der dem uns geläufigen Sinngehalt widerspricht, ist trotzdem in einer Gesamtbetrachtung erklärlich, und die Verwandtschaft mit der Umsatzsteuer doch nicht so abwegig, wie es auf den ersten Blick erscheint.

Vergegenwärtigen wir uns erneut, daß mit Hilfe von Preispolitik und Umsatzsteuer, Konsum und Investition für eine Periode fixiert werden. Beide Instrumente sind jedoch weitgehend unelastisch, und da auch die Sowjetunion nicht imstande ist, exakt bis ins einzelne vor auszuplanen, sind Fehler, die erst im Laufe der Periode in Erscheinung treten, durchaus möglich. Bei plötzlich auftretender erhöhter Nachfrage nach Konsumgütern oder einer sich ergebenden Notwendigkeit kurzfristig durchzuführender zusätzlicher Investitionen wären Preisumstellungen zur Plankorrektur unter Umständen mit Störungen der gesamten Wirtschaft verbunden. Hier können Anleihen und Forcieren der Spartätigkeit einsetzen, um Fehler im Plan auszugleichen oder zusätzliche Mittel für Investitionen freizumachen, indem das Realeinkommen durch eine Art erzwungenen Sparens durchgehend gesenkt wird, ohne daß weitgehende Planänderungen notwendig würden.

*

Die vorstehenden Ausführungen dürften zumindest gezeigt haben, daß für die Sowjetunion ein Vergleich mit Steuerarten verkehrswirtschaftlich organisierter Länder nicht gegeben ist. Zahlungen an den Staatshaushalt, die in der sowjetischen Terminologie als Steuern bezeichnet werden, wie die Umsatzsteuer, fließen aus der gleichen Quelle, dem Betriebsgewinn, wie die Gewinnabzweigung, die nicht als Steuer bezeichnet wird. Was hätte es nun für einen Sinn, die eine als indirekte Steuer zu bezeichnen und die andere als Einkommensteuer, also direkte Steuer, wobei beide aus dem bilanzmäßig ausgewiesenen Gewinn gespeist werden. Wenn die Gewinnabzweigung auch nicht als Steuer figuriert, vielmehr als Überführung eines Teiles vom Gewinn an den Eigentümer Staat, so ist sie bei den genossenschaftlich organisierten Betrieben wiederum eine Steuer, wobei die Unterschiede doch offensichtlich nur formaler Natur sind. Welchen Unterschied macht es darüber hinaus, ob der Staat nun die Umsatzsteuersätze senkt und dafür höhere Beträge in Gestalt der Gewinnabzweigung einkassiert? Ob man die eine nun als indirekte und die andere als direkte Steuer bezeichnet, unmittelbare Schlüsse auf die Produktion, die Realeinkommen der Lohnempfänger u. a. m., können keinesfalls gezogen werden. Produktion und Realeinkommen werden hingegen ja primär bereits in einem „Mengenplan“ fixiert, und die Verteilung wird diesem erst folgend in einem „Finanzplan“ nachgeordnet. Vor Schlüssen, die sich allein an uns geläufigen Bezeichnungen orientieren, kann nur gewarnt werden. Der Sinngehalt der sowjetischen Zahlungen an den Staat erschließt sich erst voll, wenn eine Analyse der Überlegungen vorausgestellt wird, wie sie in diesem Aufsatz versucht worden ist. Die Bezeichnung „Steuer“ im sowjetischen Finanzsystem wird erst dann in das rechte Licht gerückt, wenn sie anderen, parallel laufenden Zahlungen gegenübergestellt wird.

Summary: The Soviet Tax System. The differences in the meaning of economic terminology are explained here out of the fundamental difference between economics of central planning and economics of free trade. In a centrally planned economy, money is merely a means of distribution (consumer's money). Provided that the state produces consumer goods only and must not maintain functionnaires, no payments to the state are necessary so long as there is the same sum total for wages and prices. To the extent in which the state invests moneys and maintains functionnaires, a margin must be calculated between costs of production and sales prices; through this margin, funds will arise in the industrial establishments which are called profits and are to be transferred to the central body. The Soviet Union knows three such plan-type payments: turnover tax, transfer of profits and interest payments for credits. All payments to be made to the state are derived from the same source, the so-called concern profits, and therefore there is no point in calling the turnover tax an indirect and the transfer of profits a direct form of taxation. This specific meaning of taxes in economics of central planning explains the priority of the turnover tax in the Soviet tax system. The income tax is only of subordinate importance for the differentiation of real incomes insofar as this has not already been achieved through the wages. The form in which loans of state are raised in the Soviet Union, make it difficult to say where tax policy ends and loan policy starts. The current depreciation of currency makes redemption and interest payments illusory, and thus saving in savings banks is also of a tax-like character. Loans and savings activity are additional means for compensating deficiencies in the plans if and when these are recognised.

Résumé: Le système fiscal soviétique. L'auteur analyse la différence fondamentale qui existe entre l'économie des pays totalitaires et celle des pays démocratiques pour en déduire la conception différente d'idées et de notions économiques. Dans l'économie d'ordre centraliste l'argent ne représente qu'un moyen pour faciliter la distribution (argent de consommateurs). Pourvu que l'état ne produise que des biens de consommation et n'ait pas à payer des fonctionnaires il n'aurait besoin d'aucunes contributions, tant que l'identité du total des salaires et du total des prix sera gardée. En mesure que l'état fait des investissements de capital et emploie des fonctionnaires il doit fixer une marge entre le coût de revient et les prix de vente. Cette marge rend possible une accumulation d'argent dans les entreprises individuelles, et sous la désignation de profit cet argent doit obligatoirement être transféré au département central. L'URSS. connaît trois formes typiques de paiement: la taxe sur le chiffre d'affaires; la déduction de profits; les paiements d'intérêts pour emprunts et crédits. Tous ces paiements allant à l'état sont donc puisés dans la même source, c'est à dire dans le profit d'entreprise. Par conséquent il n'y a pas de sens de désigner la taxe sur le chiffre d'affaires comme contribution indirecte, ou celle sur le profit comme contribution directe. Cette interprétation spécifique des finances dans l'économie centralisée explique l'importance de la taxe sur le chiffre d'affaires. Dans le système fiscal soviétique l'impôt sur le revenu ne remplit que la tâche secondaire de graduer la valeur réelle des revenus en tant que ceci n'est pas résolu par les catégories de salaire. A cause du mode de perception des impôts et d'émission d'emprunts on ne peut pas délimiter clairement les deux domaines de la politique fiscale et de la politique des crédits. La dépréciation monétaire progressive rend illusoire l'amortissement et le paiement des intérêts, faisant ressembler à des contributions fiscales même les dépôts aux caisses d'épargne. Dans l'URSS. les emprunts et l'épargne constituent des fonds supplémentaires pour l'ajustage de plans se montrant défectueux.

Resumen: El sistema tributario soviético. De la diferencia fundamental entre la economía dirigida centralmente y la economía del libre intercambio se deduce el sentido diferente de las nociones económicas. En la economía dirigida centralmente, el dinero representa únicamente un medio de la distribución (dinero de consumidores). Bajo la condición de que el Estado fabrica solamente bienes de consumo y no tiene que sustentar ningunos funcionarios, no se necesitan pagar ningunas contribuciones al Estado, mientras dure la igualdad entre la suma de salarios y la de precios. En la medida que el Estado hace inversiones y sustenta funcionarios, debe establecerse un margen entre los gastos de producción y los de venta, de cuya diferencia las empresas acumulan fondos que llamamos ganancias y que deben ser transferidas a una agencia central. La Unión Soviética conoce tres tipos de plano del pago: Impuesto sobre las ventas, separación de ganancias y pagos de interés por créditos. Todos estas contribuciones pagaderas al Estado provienen de esa misma fuente, el llamado beneficio de la empresa, por eso es absurdo calificar el impuesto sobre las ventas de una forma indirecta del impuesto y la separación de ganancias de una forma directa del impuesto. De esta concepción específica del impuesto en la economía dirigida centralmente, se explica la primacía del impuesto sobre las ventas en el sistema económico soviético. El impuesto sobre la renta tiene solamente una importancia secundaria para diferenciar la renta real, en cuanto esto no haya conseguido ya mediante las escalas de salarios. El modo de la recaudación y la suscripción de empréstitos en la Unión Soviética facilitan la transición de la política fiscal a la política de empréstitos. Debido a la continua depreciación monetaria quedan ilusorios el pago de interés y la amortización, lo que tiene por consecuencia que los ahorros en las cajas de ahorros adoptan un carácter tributario. Empréstitos y ahorros son medios adicionales para remediar las faltas que se reconozcan más tarde.